

DRINGLICHES POSTULAT

Urheber AdG/LA, durch Emmanuel Amoos, Valentin Aymon (Suppl.), Raymond Borgeat und Gilbert Truffer
Gegenstand DBM: «Sand im Getriebe»
Datum 10.09.2019
Nummer 4.0382

Aktualität des Ereignisses

Der Verzug bei der Dienststelle für Bevölkerung und Migration (DBM) wurde am Montagmorgen im Radio angekündigt.

Unvorhersehbarkeit

Es war nicht vorhersehbar, dass die DBM kurz vor der Wintersaison mit der Behandlung der Aufenthaltsbewilligungen 4 bis 6 Monate im Verzug sein würde.

Notwendigkeit einer umgehenden Reaktion oder Massnahme

Die Wintersaison steht vor der Tür und zahlreiche Tourismusakteure brauchen eine umgehende und effiziente Reaktion des Kantons, damit die Arbeitnehmenden und Unternehmen nicht länger in eine illegale Situation gedrängt werden.

Seit mehreren Monaten sind die Spannungen im Bereich der Arbeitsbewilligungen spürbar und die Erwartungen der kommunalen Einwohnerämter werden immer grösser.

Der Verzug wird immer besorgniserregender und die Unternehmen leiden darunter genauso wie die ausländischen Arbeitnehmenden. Es ist schwierig für einen Saisonarbeiter, sich an die Vorschriften zu halten, wenn es geschlagene sechs Monate dauert, bis sein Bewilligungsgesuch für eine Arbeitsdauer von vier Monaten bearbeitet wird. Genauso schwierig ist es für einen Restaurantbetreiber, der in einem Skiort die Wintersaison mit drei Angestellten ohne Arbeitsbewilligung starten muss, obwohl die für die Bewilligungen erforderlichen Schritte drei Monate zuvor unternommen wurden.

Unter diesen Umständen ist es für die Betroffenen auch kein Leichtes, ein Lohnkonto zu eröffnen, Sozialleistungen zu erhalten, eine Wohnung zu finden oder sich bei einer Krankenversicherung anzumelden.

Der zuständige Departementsvorsteher hat es auf den Punkt gebracht: «Es ist Sand im Getriebe»

Um hier Abhilfe zu schaffen, braucht es effiziente Massnahmen. Der Dienstchef hat die Anstellung von 1,6 VZE zwischen Oktober und November angekündigt. Aber wird diese Personalaufstockung (0,8 VZE Anfang Oktober und 0,8 VZE Anfang November) ausreichen, um die Versetzung von drei Personen von der Ausstellung der Bewilligungen zur Instruktion der Dossiers zu kompensieren? Dies ist zu bezweifeln.

Die DBM braucht mehr kompetente Mitarbeitende, also entsprechend geschulte Personen und nicht etwa Praktikanten. Grundsätzlich spricht nichts gegen die Anstellung von Praktikanten, aber die Zeit, die für ihre Ausbildung nötig ist, wird den bereits gewaltigen Verzug bei der DBM weiter erhöhen.

Der Dienstchef hat anlässlich der Generalversammlung des AVPCH (Verband Walliser Einwohnerämter) erklärt, dass seine Dienststelle den Bewilligungen L Priorität einräumt, was die Inhaber einer Bewilligung B oder C zusätzlich benachteiligen wird.

Die Verfahren und die Funktionsweise der DBM müssen überdacht werden. Nicht nur die Räumlichkeiten der Dienststelle stammen aus einem anderen Zeitalter – was die gegenwärtig durchgeführten Arbeiten notwendig macht – das System zur Klassierung der Dossiers anscheinend auch. Gewisse Dossiers sollen sogar verloren gegangen sein.

Ganz allgemein scheinen die Dienststellen, die bestimmte Dienstleistungen für die Bevölkerung erbringen (Quellensteuern für Inhaber einer Bewilligung B, Ausgleichskasse...), besorgniserregende Verzögerungen aufzuweisen. Während die Bevölkerung zugenommen hat, ist der Personalbestand in diesen Dienststellen in den letzten Jahren – abgesehen von temporären Anstellungen – mehr oder weniger unverändert geblieben.

Schliesslich sei noch Folgendes angemerkt: Obwohl 80 % der ausländischen Arbeitnehmenden aus der EU stammen und somit nicht von heute auf morgen zur Illegalität verdammt werden – wie dies Staatsrat Favre immer wieder gerne betont – muss unser Minister doch dafür sorgen, dass jede Person, die eine Arbeitsbewilligung braucht, diese auch innert vernünftiger Frist erhält.

Schlussfolgerung

Deshalb fordern wir das DSIS auf:

- die Zweckmässigkeit einer raschen Ausschreibung der für ein reibungsloses Funktionieren der DBM nötigen qualifizierten VZE zu prüfen, um langfristig effiziente Dienstleistungen für die Einwohnerämter, die Unternehmen und die Arbeitnehmenden zu gewährleisten;
- eine Vereinfachung der Verfahren für den Erhalt von Saisonbewilligungen zu prüfen;
- jede mögliche logistische Verbesserung zur Steigerung der Effizienz der DBM zu prüfen;
- die lokalen Wirtschaftsakteure möglichst rasch darüber zu informieren, mit welcher (vernünftigen) Frist sie für den Erhalt einer Arbeitsbewilligung rechnen müssen, damit sie entsprechend planen können;
- die Verzögerungen bei den Dienststellen, die bestimmte Dienstleistungen für die Bevölkerung erbringen und für die eine Zunahme der Bevölkerungs- und Dossierzahlen ein Problem sein könnte, zu analysieren, um ähnliche Lösungen vorzuschlagen.